Freitag, 9. März 1928 - 76. Jahrgang Nr. 117

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mit „ULK" 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

155 BERLIN VERÄNDERLICH

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Boten frei Haus wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preis: Die 15gespaltene Zeile 50 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 16 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 48—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 9440 bis 9462. Für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324. Bankkonto Nr. 1. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Berlin: Charlottenstr. 2, Friedrichstraße 239, Kaiserallee 41, Kaiserdamm 20, Kantstr. 24, Nürnberger Str. 25—26, Schoenhauser Allee 144, Turmstraße 61, Wiener Straße 1—6, Zimmerstraße 50, Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 24, Nürnberger Str. 25—26, Scharrenstraße 20, Tauentzienstraße 7, Copenick: Schlosstr. 1, Friedenau: Rheinstraße 15, Halensee-Grunewald: Hohenzollerndamm 201, Hasenheide 15, Lichterfelde-West: Carlstr. 1—2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 96—98, Kaiser-Friedrich-Str. 34, Niederschöneweide: Brückenstraße 22, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23—24, Martin-Luther-Str. 8, Spandau: Breite Str. 47, Steglitz: Schloss-Str. 2, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Krullstr. 7, Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz), Wilmersdorf: Kaiserplatz 15, Uhlandstr. 88, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 5, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 6a, Potsdam: Brandenburger Str. 31, Stettin: Mönchenstr. 33.

Chefredakteur: Otto Nuschke. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Werkzeugmacher lehnen ab

Heute neuer Einigungsversuch in der Metallindustrie

Die Funktionäre der Werkzeugmacher nahmen gestern nachmittag zu dem von dem vereinbarten Schiedsgericht im Metallkonflikt gefällten Schiedsspruch Stellung. Nach mehrstündiger Aussprache wurde von den Funktionären einmütig beschlossen, den für die Werkzeugmacher gefällten Schiedsspruch abzulehnen. Die Ablehnung des Schiedsspruches wurde von den versammelten Funktionären damit begründet, daß der Schiedsspruch weder ein Tarifabkommen, noch sofortige Lohnerhöhungen vorsehe.

*

Nach diesem ablehnenden Beschluß der Funktionärversammlung, der, wie bereits in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt wurde, zu erwarten war, nimmt der Kampf in der Berliner Metallindustrie also seinen Fortgang. Um dennoch den Konflikt in der Metallindustrie, der sich immer weiter auszubreiten droht, zu beseitigen, hat der Schlichter für Groß-Berlin, Wissell, beide Tarifparteien, den Verband Berliner Metallindustrieller und den Deutschen Metallarbeiterverband, auf heute zu neuen Verhandlungen geladen. Ein Antrag auf Verbindlichkeit des Schiedsspruches ist von den Unternehmern, die den Schiedsspruch annahmen, bis jetzt noch nicht gestellt worden. Es ist zu erwarten, daß der Schlichter für Groß-Berlin sich im Laufe des heutigen Tages bemühen wird, zwischen den Parteien eine neue Einigungsbasis zu schaffen.

Schnelldienst

In Genf wird der von den Ratsmächten einstimmig angenommene Vorschlag eines Appells an Spanien und Brasilien auf eine Anregung Chamberlains zurückführt.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt gestern im Reichstagsgebäude gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände und den Generalsekretären eine Sitzung ab, die der Vorbereitung des Wahlkampfes gewidmet war; die Reichsliste wurde noch nicht endgültig aufgestellt.

Der verbannte frühere Oberbolschewik Karl Radek soll einen Fluchtversuch unternommen haben, aber wieder verhaftet sein.

Bei der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist man großen Unterschlagungen auf die Spur gekommen.

Die für die englischen Luftstreitkräfte ausgeworfenen Beträge belaufen sich auf insgesamt 16 250 000 Pfund Sterling.

Die Regierung von Palästina gibt bekannt, daß sich das Gerücht, Ibn Saud habe den Heiligen Krieg ausgerufen, nicht bestätige.

In Kairo (Aegypten) kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalistischen Studenten und Polizeibeamten.

Wie man keine Abrüstungspolitik macht

Die Sowjetpresse über ein „Genfer Komplott" gegen den russischen Vorschlag

Propagandistische Alarmmeldungen und ihre Folgen

Moskau, 8. März.

Der Korrespondent der „Iswestija" in Genf meldet, der Völkerbundsrat wolle eine Diskussion des Abrüstungsvorschlages der Sowjetregierung verhindern. Nach kurzer Verhandlung werde von dem japanischen Delegierten der Antrag gestellt werden, den Sowjetvorschlag als indiskutabel von der Tagesordnung abzusetzen.

Das Blatt ist über diese Meldung sehr entrüstet, sagt aber weiter, die Abrüstungsfrage werde übrigens bis zur nächsten Session verschoben werden, und es sei anzunehmen, **daß bei den dann stattfindenden Besprechungen die Russen nicht mehr anwesend sein würden.** Der wahre Grund, weshalb man eine Diskussion des Sowjetvorschlages vermeiden wolle, sei die kommende Wahlkampagne in Frankreich und anderen Ländern, denn in der Debatte würden die Vertreter der bürgerlichen Länder gezwungen sein, klar ja oder nein zu antworten.

Die „Iswestija" sprechen von einem Genfer Komplott, das in geheimer Sitzung gegen den russischen Abrüstungsvorschlag geschmiedet werde.

Der russische Abrüstungsvorschlag sei aber bereits Eigentum breiter Arbeitermassen und der Spitzenschichten der Intelligenz in der ganzen Welt geworden. Das Genfer Komplott gegen den Vorschlag werde mißglücken und nur den Abgrund vertiefen, der schon zwischen breiten Schichten der ganzen Welt und Genf geschaffen sei.

*

Die Behauptungen der „Iswestija" reihen sich den Alarm- und Sensationsmeldungen an, ohne die die Sowjetpresse keinen Tag vergehen läßt. Einmal werden teuflische Pläne der „bürgerlichen" Staaten gegen die Sowjetunion „enthüllt", ein anderes Mal wird die „furchtbare Enttäuschung Deutschlands" im Völkerbund breit geschildert und stets folgt zum Schluß der alte Refrain von der Weltrevolution, die es den bösen Feinden der Sowjetunion schon besorgen und dem Genfer Völkerbund ein Ende machen werde, und von der Notwendigkeit, die Rote Armee kampfbereit und schlagkräftig zu gestalten. Angesichts dieser Aeußerungen der Sowjetpresse, die ab und zu noch durch eine wilhelminische Rede des roten Kriegsministers Woroschilow ergänzt werden, muß es dem Moskauer Außenkommissariat recht schwer fallen, die Theorie von der Trennung der russischen Staatspolitik und der kommunistischen Parteipolitik aufrechtzuerhalten. Die Völker der „bürgerlichen" Staaten wollen alle den Frieden und wollen ebensowenig für die englischen Konservativen gegen Rußland kämpfen, wie für die Bolschewisten gegen England. Denn sie verabscheuen den Massenmord, ganz gleich, unter welcher Flagge er stattfinden soll. Die Völker begrüßen dankbar jeden ehrlich gemeinten Abrüstungsvorschlag, auch wenn er aus Moskau kommt, aber sie ziehen es vor, wenn die Abrüstungspläne nicht durch Weltrevolutionsphrasen verdunkelt und entwertet werden. Herr Tschitscherin sollte seine Presse etwas besser erziehen, damit niemand Vorwände findet, um an der Aufrichtigkeit des russischen Friedenswillens zu zweifeln.

Rußland ratifiziert das Giftgasverbot

Moskau, 8. März.

Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion beschloß die Ratifizierung der Beitrittserklärung der Sowjetregierung zum Protokoll über das Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriegsfalle und ermächtigte das Außenkommissariat zu der Erklärung, daß das Protokoll für die Sowjetregierung lediglich den Staaten gegenüber bindende Kraft hat, die das Protokoll gleichfalls ratifiziert oder sich ihm endgültig angeschlossen haben, und daß für die Sowjetregierung die bindende Kraft des Protokolls gegenüber jedem feindlichen Staat erlischt, dessen Streitkräfte oder formale bzw. tatsächliche Verbündete das in dem Protokoll enthaltene Verbot nicht berücksichtigen werden.

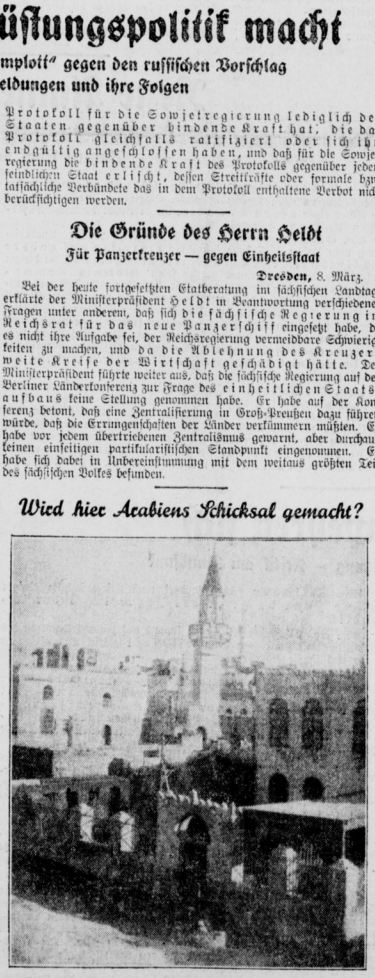
Die Gründe des Herrn Heldt

Für Panzerkreuzer — gegen Einheitsstaat

Dresden, 8. März.

Bei der heute fortgesetzten Etatberatung im sächsischen Landtage erklärte der Ministerpräsident Heldt im Beantwortung verschiedener Fragen unter anderem, daß die sächsische Regierung im Reichsrat für das neue Panzerschiff eingesetzt habe, da es nicht ihre Aufgabe sei, der Reichsregierung vermeidbare Schwierigkeiten zu machen, und da die Ablehnung des Kreuzers weite Kreise der Wirtschaft geschädigt hätte. Der Ministerpräsident führte weiter aus, daß die sächsische Regierung auf der Berliner Länderkonferenz zur Frage des einheitlichen Staatsaufbaus keine Stellung genommen habe. Er habe auf der Konferenz betont, daß eine Zentralisierung in Groß-Preußen dazu führen würde, daß die Errungenschaften der Länder verkümmern müßten. Er habe vor jedem übertriebenen Zentralismus gewarnt, aber durchaus keinen einseitigen partikularistischen Standpunkt eingenommen. Er habe sich dabei in Uebereinstimmung mit dem weitaus größten Teil des sächsischen Volkes befunden.

Wird hier Arabiens Schicksal gemacht?



Die Residenz des kriegerischen Wahabitenkönigs Ibn Saud

Gute Konjunkturgewinne

Höhere Erträgnisse der Banken — Aufstieg der deutschen Schiffahrt — Günstige Entwicklung der Eisenindustrie

Von

Dr. Adolf Roeder

Die Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur ist noch nicht geschwunden. Zwar wurde nach der Auffassung des Instituts für Konjunkturforschung in seinem neuesten Vierteljahrsheft das Maximum der wirtschaftlichen Aktivität überschritten, doch läßt sich vorläufig nur eine geringe Konjunkturverschlechterung feststellen. Dieses Urteil deckt sich ungefähr mit dem in den Berichten preußischer Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages enthaltenen, die regelmäßig im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellt werden. Danach waren im Februar einige Anzeichen dafür vorhanden, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat, doch sind die wenigen ungünstigen Momente nicht so stark, daß mit einem baldigen erheblichen Rückgang zu rechnen wäre, es sei denn, daß außergewöhnliche Ereignisse, wie umfangreiche Lohnbewegungen oder Streiks, eintreten. Auch die Gesellschaften, die in der letzten Zeit vielfach recht befriedigende Abschlüsse und Bilanzen für das Jahr 1927 vorgelegt haben, beurteilen die nächste Zukunft immer noch verhältnismäßig zuversichtlich. Dies gilt beispielsweise für die Banken, die wohl über das im großen und ganzen sehr stille Börsengeschäft klagen, aber darauf hinweisen, daß das Anlagegeschäft in festverzinslichen Werten recht lebhaft verläuft, und daß die Kreditinanspruchnahme durch die Kreise der Wirtschaft immer noch sehr stark ist.

Solange das Kontokorrent-Geschäft nicht in erheblichem Maße abflaut, dürften schwere Besorgnisse hinsichtlich der Geschäftsentwicklung der Banken im laufenden Jahre kaum am Platze sein, selbst wenn das Börsengeschäft noch längere Zeit hindurch über einen engen Rahmen nicht hinausgehen würde. Auch im vergangenen Jahre zogen ja die Institute, im Gegensatz zu dem günstigen Börsenjahr 1926, die weitaus größten Gewinne aus dem sogenannten laufenden Geschäft. Dies gilt unter anderem von der Dresdner Bank, die vor einigen Tagen ihre Bilanz veröffentlicht hat, und bei der die Effektenprovisionen noch nicht einmal ein Viertel der Gesamtprovisionen ausmachen. Die Bank hatte einen von 11,9 auf 13,1 Millionen Mark erhöhten Ueberschuß zu verzeichnen, und zwar wird wieder eine Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital von 100 Millionen Mark vorgeschlagen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die im Jahre 1926 neu ausgegebenen 22 Millionen Mark Aktien damals nur die halbe Dividende erhielten, für 1927 aber die volle, so daß diesmal ein Betrag von 10 Millionen Mark (im Vorjahre 8,9) dafür notwendig ist. Die Einnahmen des Instituts sind um rund 6,3 Millionen Mark gestiegen, doch wurde die Zunahme zu einem erheblichen Teil durch die um 2,1 Millionen Mark erhöhten Handlungsunkosten einschließlich Pensionen und Abfindungen und die um 3 Millionen Mark vermehrten Steuern absorbiert. Bemerkenswert ist, daß die Bank ihren Personalbestand noch weiter ermäßigt hat, nämlich von 8622 auf 8470. Bei anderen Instituten, die möglicherweise in den letzten Jahren noch rigoroser abgebaut hatten, ist teilweise schon wieder eine Zunahme des Beamtenbestandes zu verzeichnen. Dies läßt sich beispielsweise bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein beobachten, bei dem sich die Zahl der Beamten und Angestellten von 1078 auf 1105 erhöht hat. Dieses Institut hält gleichfalls an dem vorjährigen Dividendensatz von 10 Prozent bei einem unveränderten Aktienkapital von 25 Millionen Mark fest. Wenn diese Bank, ebenso wie andere Privatbanken, eine wesentliche Steigerung der Umsätze und Kreditoren zu verzeichnen hatte, so steht das Gewinnergebnis nicht ganz im Einklang mit dieser Entwicklung, denn der Reingewinn hat sich um 1,1 auf 2,5 Millionen Mark vermindert. Diese Abnahme erklärt sich einmal daraus, daß